



[Zum Ausgangs- oder Titeldokument](#)

73-I

Vergabe von Aufträgen im kommunalen Bereich

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
des Innern**

vom 14. Oktober 2005 Az.: IB3-1512.4-138,

zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 12. Dezember 2012 (AllMBI 2013 S. 6)

Fundstelle: AllMBI 2005, S. 424

An die Gemeinden

die Verwaltungsgemeinschaften

die Landkreise

die Bezirke

die Zweckverbände

die Regierungen

die Landratsämter

§ 31 KommHV regelt die Vergabe von Aufträgen und den Abschluss von Verträgen, soweit nicht Bundesrecht vorgeht. Das Staatsministerium des Innern gibt dazu im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen die nachfolgenden Grundsätze und Hinweise bekannt.

1. Verbindliche Vergabegrundsätze nach § 31 Abs. 2 KommHV-Kameralistik bzw. § 30 Abs. 2 KommHV-Doppik

1.1 Vergabegrundsätze

Die nachfolgend genannten Vergabegrundsätze sind anzuwenden, soweit sich aus den weiteren Bestimmungen dieser Bekanntmachung nichts anderes ergibt:

- Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)

Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen (Abschnitt 1) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BAnz Nr. 155a vom 15. Oktober 2009, S. 3349), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 26. Juni 2012 (BAnz AT 13. Juli 2012 B 3)

Teil B: Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BAnz Nr. 155a vom 15. Oktober 2009, S. 3349), geändert durch Bekanntmachung vom 26. Juni 2012 (BAnz AT 13. Juli 2012 B 3)

Teil C: Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen in der vom Deutschen Institut für Normung e. V. (DIN) herausgegebenen Fassung.

- Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung über die Berücksichtigung von Umweltgesichtspunkten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen – öAUMwR) vom 28. April 2009 (StAnz Nr. 19, AllMBI S. 163) in der jeweils geltenden Fassung.
- Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung für die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und freier Berufe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Mittelstandsrichtlinien Öffentliches Auftragswesen – öAMstR) vom 4. Dezember 1984 (StAnz Nr. 49) in der jeweils geltenden Fassung.
- Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge – Spätaussiedler, Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten, Verfolgte – (Bevorzugten-Richtlinien – öABevR) vom 30. November 1993 (StAnz Nr. 48, AllMBI S. 1308), in der jeweils geltenden Fassung.

1.2 Weitere Bestimmungen

1.2.1 Abweichend von § 3 Abs. 3 Nr. 1 VOB/A ist bis zu folgenden Wertgrenzen (jeweils ohne Umsatzsteuer) eine Beschränkte Ausschreibung von kommunalen Bauleistungen ohne weitere Einzelbegründung zulässig:

- **500.000 €** im Tief-, Verkehrswege- und Ingenieurbau
- **125.000 €** für Ausbaugewerke (ohne Energie- und Gebäudetechnik) sowie für Landschaftsbau und Straßenausstattung
- **250.000 €** für alle übrigen Gewerke

Wenden die Kommunen bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die VOL/A an, so ist eine Beschränkte Ausschreibung bis zu einer Wertgrenze von **100.000 €** (ohne Umsatzsteuer) zulässig, wenn durch förderrechtliche Bestimmungen nichts Abweichendes geregelt ist.

Die Möglichkeit einer Beschränkten Ausschreibung oberhalb dieser Wertgrenze bei entsprechender Begründung im Einzelfall nach § 3 Abs. 3 und 4 VOB/A bzw. § 3 Abs. 3 und 4 VOL/A bleibt unberührt.

Um im Vergabeverfahren Wettbewerb und Transparenz zu gewährleisten und die Manipulationsgefahr zu minimieren, sind bei der Beschränkten Ausschreibung sowohl von Bauleistungen als auch von Liefer- und Dienstleistungen, sofern von den Kommunen die VOL/A angewendet wird, folgende Maßnahmen erforderlich:

- Ab einem Auftragswert von 25.000 € ohne Umsatzsteuer ist bei Beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb eine nachträgliche Information über die Zuschlagserteilung unter Beachtung der Vorgaben in § 20 Abs. 3 VOB/A bzw. § 19 Abs. 2 VOL/A zu veröffentlichen (ex-post-Veröffentlichung). Bei Inanspruchnahme der Wertgrenzenregelung nach Abs. 1 ist außerdem ab einem voraussichtlichen Auftragswert von 25.000 € ohne Umsatzsteuer eine vorherige Information über beabsichtigte Beschränkte Ausschreibungen erforderlich (ex-ante-Veröffentlichung), deren Inhalt sich aus § 19 Abs. 5 VOB/A ergibt; zusätzlich muss sich aus den Angaben der Tag der Veröffentlichung ergeben. Bei der Beschränkten Ausschreibung von Liefer- und Dienstleistungen ist § 19 Abs. 5 VOB/A analog heranzuziehen. Ab einem voraussichtlichen Auftragswert von 75.000 € ohne Umsatzsteuer ist zwischen der ex-ante-Veröffentlichung nach Satz 2 und der Aufforderung zur Abgabe von Angeboten eine Wartefrist von sieben Kalendertagen einzuhalten (Markterkundung). Die Informationen aus der ex-ante- und der ex-post-Veröffentlichung müssen auf der Zentralen Vergabebekanntmachungsplattform Bayern (BayVeBe) abrufbar sein.
- Aufforderung einer ausreichenden Anzahl von Bewerbern (mindestens drei bis mindestens zehn, abhängig von Marktsituation und Auftragswert) zur Abgabe eines Angebots und Begründung der Anzahl im Vergabevermerk nach Nr. 1.2.3;

- ausreichende Streuung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots ;in der Regel ist mindestens ein Bewerber, ab einem Auftragswert von 75.000 € ohne Umsatzsteuer sind mindestens drei Bewerber aufzufordern, die ihre Niederlassung nicht im eigenen Landkreis des kommunalen Auftraggebers bzw. bei kreisfreien Städten im eigenen Stadtgebiet haben; die Bewerber sind regelmäßig zu wechseln;
- Vermeidung von Manipulation und Korruption durch organisatorische und gegebenenfalls personelle Maßnahmen (z. B. im Sinn der Korruptionsbekämpfungsrichtlinie vom 13. April 2004, AllIMBI S. 87, geändert durch Bekanntmachung vom 14. September 2010, AllIMBI S. 243).

1.2.2 Abweichend von § 3 Abs. 5 Satz 2 VOB/A ist eine Freihändige Vergabe von kommunalen Bauleistungen bis zu einer Wertgrenze von **30.000 €** (ohne Umsatzsteuer) ohne weitere Einzelbegründung zulässig.

Wenden die Kommunen bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen die VOL/A an, ist bis zu einer Wertgrenze von **30.000 €** ebenfalls eine Freihändige Vergabe zulässig, wenn durch förderrechtliche Bestimmungen nichts Abweichendes geregelt ist.

Die Möglichkeit einer Freihändigen Vergabe oberhalb dieser Wertgrenze bei entsprechender Begründung im Einzelfall nach § 3 Abs. 5 VOB/A bzw. § 3 Abs. 5 VOL/A bleibt unberührt.

Auch bei Freihändigen Vergaben soll ein Wettbewerb die Regel sein (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A, § 2 Abs. 1 Satz 1 VOL/A). Auch hier bleibt der Auftraggeber daher grundsätzlich verpflichtet, mehrere Angebote, in der Regel wenigstens drei, einzuholen. Eine Beschränkung des Wettbewerbs auf ortsansässige Unternehmen ist nicht zulässig (§ 2 Abs. 2, § 6 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A; § 2 Abs. 1 Satz 2 VOL/A); in der Regel ist mindestens ein Angebot von einem Unternehmer einzuholen, der seine Niederlassung nicht im eigenen Landkreis des kommunalen Auftraggebers bzw. bei kreisfreien Städten im eigenen Stadtgebiet hat. Die Bewerber sind regelmäßig zu wechseln. Die Einholung mehrerer Angebote und deren regionale Streuung sowie der regelmäßige Wechsel der Bewerber ist zur Beachtung des Grundsatzes der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Vorgaben des europäischen Primärrechts (siehe Nr. 3) grundsätzlich auch dann erforderlich, wenn keine Verpflichtung zur Anwendung der VOL/A besteht. Dies gilt auch für die Begründung von Vergabeart und Vergabeentscheidung sowie für die notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption und Manipulation.

Unter Beachtung der Vorgaben in § 20 Abs. 3 VOB/A bzw. § 19 Abs. 2 VOL/A ist auch bei Freihändigen Vergaben ab den dort genannten Auftragswerten von 15.000 € ohne Umsatzsteuer (VOB/A) bzw. 25.000 € ohne Umsatzsteuer (VOL/A) nach Zuschlagserteilung über den erteilten Auftrag zu informieren (ex-post-Veröffentlichung); die Daten müssen auf der Zentralen Vergabebekanntmachungs-plattform Bayern (BayVeBe) abrufbar sein.

1.2.3 Bei jeder Vergabeart hat der Auftraggeber einen Vergabevermerk zu fertigen (§ 20 VOB/A, § 20 VOL/A); dies gilt auch für die Freihändige Vergabe.

1.2.4 Nach § 16 Abs. 6 Nr. 3 VOB/A soll der Zuschlag auf das unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte wirtschaftlichste Angebot erteilt werden; der Preis allein ist nicht entscheidend. Zur Vereinfachung der Wertung können bei Aufträgen unterhalb des EU-Schwellenwerts wirtschaftliche Vorteile von Angeboten bei der Angebotswertung pauschal berücksichtigt werden. Die pauschalierte Bewertung kann nur alternativ und nicht zusätzlich zu einer differenzierten Bewertung einzelner Kriterien durchgeführt werden. Ob die Vergabestelle die Möglichkeit der pauschalierten Bewertung in Anspruch nehmen will, steht in ihrem freien Ermessen.

Bei der Anwendung der Wertungspauschale ist Folgendes zu beachten:

- Die zusätzlichen Wertungskriterien müssen mit der Leistung in sachlichem Zusammenhang stehen und den wirtschaftlichen Wert der Leistung für den Auftraggeber beeinflussen (Beispiele: Betriebskosten, Wartungskosten, technischer Wert, Gestaltung, Ästhetik, Sicherheit, Kompatibilität, Integration, Erweiterbarkeit, Funktionalität, Zweckmäßigkeit, Bediener- und Nutzerfreundlichkeit, Abwicklungs-, Begleit- und Folgekosten beim Auftraggeber, Ausführungsfrist und -dauer, schnelle Erreichbarkeit, Kundendienst, technische Hilfe, Schulung, Dokumentation der Leistungen, organisatorische Leistungsfähigkeit). Ökologische und soziale Kriterien sind von der Pauschalierung

ausgeschlossen.

- Die Pauschale für alle anwendbaren Kriterien darf folgende Prozentsätze des preislich günstigsten der jeweils wertbaren Angebote (Bruttobetrag) nicht übersteigen:
 - - - 1 % im Tiefbau
 -
 - - - 2 % für Rohbauarbeiten im Hochbau (Erd-, Beton- und Maurerarbeiten mit und ohne Putzarbeiten),
 -
 - - - 3 % für Ausbaugewerke und sonstige Gewerke im Hochbau sowie für Pflanzungen und Straßenausstattung.
 -
- Die einzelnen anwendbaren Kriterien und die konkrete Höhe der Pauschale (als Prozentsatz) sind den Bietern in den Verdingungsunterlagen bekannt zu geben.
- Im Prüfungsablauf werden folgende Schritte empfohlen:
 - - Prüfung der Angebote der engeren Wahl auf wirtschaftliche Vorteile entsprechend den bekannt gegebenen zusätzlichen Wertungskriterien und Gewichtung der Vorteile;
 - - Feststellung, ob einem Angebot die Wertungspauschale zugute kommt (Bonus);
 - - Berechnung der zulässigen Wertungspauschale nach dem in den Verdingungsunterlagen bekannt gegebenen Prozentsatz als Eurobetrag;
 - - Prüfung, ob bei Berücksichtigung des errechneten Eurobetrages der „Bonusgewinner“ den preislichen Vorsprung anderer Angebote überholt; in diesem Fall geht der Zuschlag an den Bonusgewinner, aber zu dem von ihm angebotenen Preis.
- Die Ermittlung des Zuschlaggewinners und die Gründe sind im Vergabevermerk wegen des Transparenzgebots nach § 20 VOB/A zu dokumentieren. Dabei müssen die Feststellungen objektiv nachvollziehbar sein. Falls sich aufgrund der Anwendung der Wertungspauschale die Bieterreihenfolge ändert, ist eine Dokumentation der Vorteile und der Gewichtung zwingend vorzunehmen.

1.2.5 Die Verpflichtung zur Anwendung der VOB/A gilt nur für Verträge über die Ausführung oder die gleichzeitige Planung und Ausführung

- eines Bauvorhabens oder eines Bauwerks für den öffentlichen Auftraggeber, das Ergebnis von Tief- oder Hochbauarbeiten ist und eine wirtschaftliche oder technische Funktion erfüllen soll, oder
- einer dem Auftraggeber unmittelbar wirtschaftlich zugute kommenden Bauleistung durch Dritte gemäß den vom Auftraggeber genannten Erfordernissen.

2. Bundesrechtliche Verpflichtungen

2.1 Pflicht zur Anwendung der Verdingungsordnungen

Für die Vergabe von Aufträgen können auch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 15. Juli 2005 (BGBl I S. 2114; berichtigt BGBl I 2009 S. 3850), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 62 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl I S. 3044) und die Vergabeverordnung (VgV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Februar 2003 (BGBl I S. 169), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. Juli 2012 (BGBl I S. 1508) einschlägig sein. Erreicht oder überschreitet der geschätzte Auftragswert (ohne Umsatzsteuer) die in § 2 VgV festgelegten EU-Schwellenwerte, besteht für Auftraggeber nach § 98 GWB eine bundesgesetzliche Verpflichtung zur Anwendung der Verdingungsordnungen (Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – VOB/A –, Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – VOL/A –, Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen – VOF –). An die Stelle der bisherigen Abschnitte 3 und 4 der VOB/A und der VOL/A ist die Sektorenverordnung (SektVO) vom 23. September 2009 (BGBl I S. 3110), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 7. Dezember 2011 (BGBl I S. 2570) getreten.

2.2 Bekanntmachungen

Die zur Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union vorgesehenen Bekanntmachungen (zum Beispiel Offene und Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren, Vorinformationen, Informationen über vergebene Aufträge) sind nach den in der VOB/A, VOL/A beziehungsweise VOF vorgeschriebenen Mustern dem Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union¹⁾ zu übermitteln.

Fußnoten

- 1) Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2 rue Mercier, L-2985 Luxemburg, Tel. +352 2929-1, E-Mail: info@publications.europa.eu

2.3 Statistikmeldepflichten

Alle kommunalen Auftraggeber, die zur Anwendung des Abschnitts 2 der VOL/A bzw. VOB/A sowie der VOF verpflichtet sind, haben dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie jährlich bis spätestens zum 1. Juli eines Jahres statistische Meldungen nach § 17 VgV über die im Vorjahr vergebenen Aufträge oberhalb der EU-Schwellenwerte zu erstatten. Dabei sind die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorgegebenen Vordrucke²⁾ zu verwenden.

Fußnoten

- 2) <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/Wirtschaftspolitik/oeffentliche-auftraege,did=191002.html>

3. Geltung von europäischem Primärrecht

Auch bei Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte sind, unabhängig davon, ob es sich um Bau-, Liefer- oder Dienstleistungen oder um Dienstleistungskonzessionen handelt, die aus den primärrechtlichen Vorgaben des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2007 abgeleiteten Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung zu beachten. Damit sind insbesondere ein angemessener Grad von Öffentlichkeit und Dokumentation sowie ein diskriminierungsfreies Vorgehen bei der Auftragsvergabe sicherzustellen.

Zur Vermeidung rechtlicher Risiken wird auch bei Aufträgen über Liefer- und Dienstleistungen unterhalb der Schwellenwerte die Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/A – Abschnitt 1) empfohlen (VOL – Ausgabe 2009 vom 20. November 2009, BAnz Nr. 196a vom 29. Dezember 2009, geändert durch Bekanntmachung vom 19. Februar 2010, BAnz Nr. 32 vom 26. Februar 2010, S. 755).

4. Hinweise

4.1 Nachprüfungsverfahren

4.1.1 Ab den EU-Schwellenwerten ist bei allen Aufträgen die Möglichkeit des Nachprüfungsverfahrens nach §§ 102 ff. GWB gegeben. Zuständige Nachprüfungsbehörden für den kommunalen Bereich sind in erster Instanz die Vergabekammern. Sie sind in Bayern bei der Regierung von Oberbayern (zuständig für Vergabestellen mit Sitz in den Regierungsbezirken Oberbayern, Niederbayern und Schwaben) und bei der Regierung von Mittelfranken (zuständig für Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken und Oberpfalz) eingerichtet.

4.1.2 Unterhalb der Schwellenwerte sind die Regierungen Nachprüfungsstellen (VOB-Stellen) im Sinn des § 21 VOB/A. Aufgrund deren Entscheidungen schreiten die zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden gegebenenfalls entsprechend ein. Für die Bezirke ist das Staatsministerium des Innern Nachprüfungsstelle. Einzelheiten ergeben sich aus der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über Zuständigkeiten der VOB-Stellen bei den Regierungen vom 21. Oktober 2003 (AllMBI S. 882).

4.2 Ausschreibungspflichten beim Beitritt zu bereits bestehenden Rahmenvereinbarungen

Die vergaberechtlichen Verpflichtungen sind auch dann zu beachten, wenn eine Kommune einer bereits bestehenden Rahmenvereinbarung (zum Beispiel zur Stromlieferung) beitreten will. Erst durch den Einzelauftrag der jeweiligen Kommune liegt eine verbindliche entgeltliche und damit vergaberechtsrelevante Auftragsvergabe vor.

4.3 Vergabehandbuch

4.3.1 Den Kommunen wird, vor allem im eigenen Interesse, empfohlen, stärker als bisher das in der Bayerischen Staatsbauverwaltung eingeführte Vergabehandbuch für die Durchführung von Bauaufgaben durch Behörden des Freistaates Bayern (VHB Bayern) zu benutzen. Ein solches einheitliches Vorgehen erleichtert die praktische Arbeit und trägt dazu bei, Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten zu vermeiden.

Das VHB Bayern ist in der aktuellen Fassung ins Internet³⁾ eingestellt und kann dort eingesehen und heruntergeladen werden.

4.3.2 Bei Anwendung der VOL/A wird den kommunalen Auftraggebern empfohlen, das Vergabehandbuch für Lieferungen und Leistungen durch Behörden der Staatsbauverwaltung (VHL Bayern) zu nutzen, das in der aktuellen Fassung ins Internet⁴⁾ eingestellt ist und dort eingesehen und heruntergeladen werden kann.

4.3.3 Bei Anwendung der VOF wird den kommunalen Auftraggebern empfohlen, das Vergabehandbuch für freiberufliche Leistungen (VHF Bayern) zu nutzen, das in der aktuellen Fassung ins Internet⁵⁾ eingestellt ist und dort eingesehen und heruntergeladen werden kann.

Fußnoten

3) <http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/themen/vergabe-vertragswesen/16505/>

4) <http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/themen/vergabe-vertragswesen/16958/>

5) <http://www.innenministerium.bayern.de/bauen/themen/vergabe-vertragswesen/16516/>

4.4 Präqualifikation

4.4.1 Für Bauaufträge können die kommunalen Auftraggeber das seit Januar 2006 vom Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. bundesweit geführte Präqualifikationsverzeichnis kostenlos nutzen. Die Eintragung in diesem Verzeichnis ist gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A als Nachweis der Bietereignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und

Zuverlässigkeit) als gleichwertig anstelle der geforderten Einzelnachweise anzuerkennen. Sie ist im Internet⁶⁾ bei Eingabe der im Angebot mitgeteilten Registriernummer des Unternehmens und ggf. des beim Verein anzufordernden Passworts des Auftraggebers einsehbar.

- 4.4.2 Auch für Liefer- und Dienstleistungsaufträge können kommunale Auftraggeber Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierungsverfahren erworben werden, zulassen (§ 6 Abs. 4, § 7 EG Abs. 4 VOL/A). Das bundesweite System PQ-VOL⁷⁾ kann auch von kommunalen Auftraggebern kostenlos genutzt werden. Es wird empfohlen, Bescheinigungen des Systems als Eignungsnachweise allgemein zuzulassen.

Fußnoten

6) Abrufbar unter www.pq-verein.de

7) Abrufbar unter www.pq-vol.de; nähere Informationen unter www.abz-bayern.de

5. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 2005 in Kraft. Gleichzeitig wird die Bekanntmachung vom 24. Mai 1995 (AIIIMBI S. 506), geändert durch Bekanntmachung vom 29. Januar 1996 (AIIIMBI S. 90), aufgehoben

Schuster
Ministerialdirektor

AIIIMBI 2005 S. 424